

Scherhorn, Gerhard

Article

Arbeitszeitverkürzung, Vollbeschäftigung und angemessenes Wachstum: Thesen und Beispiele

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Scherhorn, Gerhard (1978) : Arbeitszeitverkürzung, Vollbeschäftigung und angemessenes Wachstum: Thesen und Beispiele, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 58, Iss. 4, pp. 181-186

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/135178>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WACHSTUMSPOLITIK

Arbeitszeitverkürzung, Vollbeschäftigung und angemessenes Wachstum

Thesen und Beispiele

Gerhard Scherhorn, Hohenheim

Vollbeschäftigung ist nicht ohne Arbeitszeitverkürzung zu erreichen und angemessenes Wachstum nicht ohne eine Politik des qualitativen Wachstums. Das ist der Kern der Auffassung, die Professor Scherhorn abweichend von der Mehrheit des Sachverständigenrates im Jahresgutachten 1977/78 vertreten hat. Im folgenden skizziert er zunächst diese Auffassung in sechs Thesen und erläutert sie dann mit einigen Beispielen.

1. Die Nachfrage nach Industrieprodukten nimmt seit Mitte der 60er Jahre nicht mehr in schnellerem Tempo zu als die Menge der von einer Arbeitskraft im Durchschnitt herstellbaren Erzeugnisse der industriellen Produktion. Daß sich dies ändern und die Industrie wieder zusätzliche Arbeitskräfte aufnehmen wird, darauf kann man nicht bauen; zu vieles spricht dagegen. Es wird zwar geltend gemacht, der Warenhunger der Welt sei noch lange ungestillt, auch im Inland gebe es Nachholbedarf in unteren Einkommenschichten, die menschlichen Bedürfnisse seien unbegrenzt, die steigende Kapitalintensität der Produktion erhöhe den Bedarf an Investitionsgütern – all das ist unbestritten. Aber die davon zu erwartende Nachfrage reicht nicht für die Absorption so vieler zusätzlicher Güter, wie hergestellt würden, wenn alle Arbeitssuchenden bei gleicher Arbeitszeit und weiter steigender Produktivität wieder beschäftigt wären.

Normalisierung und Wandlung

2. Die rückläufigen Zuwachsraten der Nachfrage sollte man teils als Zeichen einer Normalisierung, teils als Ausdruck einer Wandlung deuten, die beide eher zu begrüßen als zu beklagen sind. *Normalisierung*, weil die Wachstumsimpulse weg-

gefallen sind, die man der Wiederaufbauperiode nach dem Zweiten Weltkrieg sowie dem System der festen Wechselkurse zuschreiben kann, das es den Exporteuren und den mit Importgütern konkurrierenden inländischen Anbietern erlaubte, aus einer vergleichsweise günstigen Kosten- und Preisentwicklung im Inland weit größere Vorteile in ihren Marktanteilen und Gewinnen zu realisieren, als das bei flexiblen Wechselkursen möglich ist. *Wandlung*, weil sich Relationen in den Wachstumsraten ändern, die eine Zeitlang ziemlich konstant gewesen waren. Es ändert sich das Verhältnis von Industrie- und Entwicklungsländern, weil die Industrialisierung der Entwicklungsländer eine Zunahme solcher Importgüter bewirkt, die mit im Inland konkurrenzlosen Vorteilen angeboten werden können. Der mit dem Ausland konkurrierende Sektor der Volkswirtschaft gerät aber auch deshalb unter Druck, weil im Inland zwei Tendenzen zusammentreffen: die Verlagerung der zuwachsenden Konsumwünsche auf den Dienstleistungsbereich und das Schwinden der Bereitschaft in der Bevölkerung, zugunsten höherer Zuwachsraten der industriellen Produktion vermeidbare Minderungen der Umweltqualität, Ausbeutung naturgegebener Ressourcen, Erhöhung von Arbeitsstreß oder Übervorteilung von Verbrauchern in Kauf zu nehmen.

3. Im Dienstleistungsbereich einschließlich Handwerk steckt zwar noch viel an zusätzlichen Beschäftigungsmöglichkeiten, aber diese sind weder sehr schnell zu erschließen, noch reichen sie für alle Arbeitskräfte, die der technische Fortschritt woanders freigesetzt hat oder die infolge größerer Geburtenjahrgänge oder steigender Erwerbsbetei-

Prof. Dr. Gerhard Scherhorn, 48, ist Ordinarius für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hohenheim und Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

ligung neu hinzukommen. Denn die Nachfrage nach Dienstleistungen steht unter der erschwerenden Bedingung, daß sie gegen steigende Preise und gegen die Konkurrenz der steuerfreien Selbstversorgung („do it yourself“) expandieren muß. Ohne die ständige Suche nach Möglichkeiten der Kostensenkung kommt diese Expansion nicht voran. Auch im Dienstleistungsbereich gilt der Satz, daß Wohlstandssteigerung die Erhöhung der Arbeitsproduktivität voraussetzt. Der Wettbewerb, der die Beschäftigungsreserven des Dienstleistungssektors erschließt, wird also auch dafür sorgen, daß dieser Bereich nur langsam und nur begrenzt Arbeitskräfte aufnimmt. Hinzu kommt, daß der weiteren Expansion eines attraktiven Angebots gerade solcher Dienstleistungen, denen sich die Nachfrage besonders intensiv zuzuwenden scheint — etwa in Kommunikation, Bildung, Gesundheit, Erholung, sportlicher Freizeitaktivität —, Hemmnisse in Gestalt staatlicher Monopole und vom Staat verliehener Privilegien entgegenstehen, die sich teils nur langsam und teils gar nicht beseitigen lassen.

Veränderte Wünsche

4. In der gegenwärtigen Situation ist die Rückkehr zu Vollbeschäftigung von einer zurückhaltenden Steigerung der Masseneinkommen ebensowenig zu erwarten wie von einer beschleunigten. Denn der Vollbeschäftigung stehen nicht allein hohe Kosten und Risiken im Wege, so daß eine mittelfristige Beruhigung des Kostenanstiegs die Menge der rentablen Produktionsmöglichkeiten hinreichend erhöhen würde. Der Beschäftigung einer gleichbleibenden oder steigenden Anzahl von Arbeitskräften bei gleichbleibender Arbeitszeit steht auch im Wege, daß die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, die die Steigerung unseres Wohlstands ermöglicht, offenbar nicht ausschließlich für die Versorgung mit zusätzlichen Gütern gewünscht wird — sonst hätte die Nachfrage nach Gütern höhere Zuwachsraten, und die Sparquote wäre geringer —, sondern zugleich auch für mehr Zeit zur Nutzung dieser Güter und für die Verbesserung der Bedingungen, unter denen diese Güter produziert, erworben und konsumiert werden müssen.

5. Daß es in einer Mehrheit der erwerbstätigen Bevölkerung den Wunsch gibt, einen Teil des wachsenden Wohlstands statt in der Form zusätzlichen Einkommens in der Form von mehr arbeitsfreier Zeit zu erhalten, dafür spricht die Erfahrung, daß bei zunehmendem Wohlstand in der Relation der beiden knappen Faktoren Einkommen und Zeit der Faktor Zeit zusehends schwerer wiegt¹⁾. Die Zeit, in der ein Konsumgut hergestellt wird, läßt sich im Durchschnitt sehr viel weiter verringern als die Zeit, die man für den Erwerb und Konsum eines Gutes im Durchschnitt braucht. Durch die

Einführung arbeitsparender Geräte wird die Verknappung der Zeit pro Konsumgut bei wachsendem Wohlstand zwar gestreckt, aber nicht kompensiert. Die Folge ist, daß die Qualität der Konsumentscheidungen sich verschlechtert und die aus dem einzelnen Konsumakt zu ziehende Befriedigung abnimmt. Das kann durch die größere Menge der Konsumakte und durch den höheren Wert der konsumierten Güter in individuell unterschiedlichem Maße kompensiert werden. Auf die Dauer aber führt die veränderte Knappheitsrelation von Einkommen und Zeit zu dem Wunsch nach mehr Freizeit und zu der Bereitschaft, einen Teil des weiteren Einkommenszuwachses dafür einzutauschen.

Einstellung zum Wohlstand

6. Diese Bereitschaft entspringt einer sich wandelnden Einstellung zum Wohlstand, in der nicht nur die Einschätzung der Zeit, sondern auch die Bewertung der Umweltqualität und der Arbeitsbedingungen eine andere wird, in der der Wunsch nach Leben und Arbeit in überschaubaren sozialen Einheiten, nach Schutz vor Irreführung und Willkür, nach Teilhabe an den wichtigen politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen an Bedeutung gewinnt. Entspricht diesem Wandel eine zielbewußte Wachstumspolitik, die Hemmnisse aus dem Wege räumt und Perspektiven zeigt, so braucht man nicht zu befürchten, daß sich die zurückhaltende Entwicklung der Konsumnachfrage fortsetzen wird, die wir über längere Frist beobachten. Im Trend ist die jährliche Zuwachsrate des privaten Verbrauchs, zu konstanten Preisen gerechnet, in den vergangenen zweieinhalb Jahrzehnten von mehr als 9 % auf weniger als 3 % gesunken. Daß sie in Zukunft wieder nennenswert steigt, darauf sollte man nicht setzen; weder die Bevölkerungsentwicklung noch die Entwicklung der Konsumbedarfe deuten darauf hin. Erreichbar erscheint aber, daß sie im Trend nicht weiter absinkt, sondern sich stabilisiert. Die Vermehrung der Freizeit im Verein mit der Weiterentwicklung der Arbeits- und Umweltbedingungen, der Partizipationsmöglichkeiten und des Angebots an Waren und Dienstleistungen für Kommunikation, Bildung, Freizeitaktivität wird die Konsumneigung auch dann erhöhen, wenn ein Teil davon auf die Steigerung des Realeinkommens angerechnet werden muß. Darin, daß die Sparquote in den seit dem Zweiten Weltkrieg vergangenen Jahrzehnten von etwa 2 % auf über 13 % zugenommen hat, ist sicherlich keine Trendentwicklung zu sehen, die sich gesetzmäßig fortsetzen muß — die Umkehr des Trends aber tritt nicht von selbst ein, sie müßte durch eine Änderung der Rahmenbedingungen ermöglicht werden.

¹⁾ Vgl. Gary S. Becker: A Theory of the Allocation of Time, in: Economic Journal, 1965, S. 493–517, und Staffan B. Linder: The Harried Leisure Class, New York 1970.

Aus alledem ist keineswegs der Schluß zu ziehen, daß in der öffentlichen Kontroverse um die Ursachen der gegenwärtigen Unterbeschäftigung eine Seite recht hätte. Diese Kontroverse wird fast ausschließlich zwischen kostenorientierten Erklärungs- und Therapieansätzen einerseits und nachfrageorientierten Ansätzen andererseits geführt, die sich im Geltungsanspruch gegenseitig ausschließen. Es ist der Ausschließlichkeitsanspruch, der beide Ansätze unfruchtbar macht.

Auf der einen Seite steht die Überzeugung, die Volkswirtschaft könne nur dann zu Vollbeschäftigung zurückfinden, wenn zurückhaltende Entwicklung der Kosten, insbesondere der Löhne, und andere Kompensationen für das größer gewordene unternehmerische Risiko auf der Angebotsseite dafür sorgen, daß zusätzliche Produktion wieder rentabel werde. An hinreichender Nachfrage werde es dann nicht fehlen. Wo sie zu suchen sei, das würden die Unternehmen schon herausfinden.

Auf der anderen Seite steht die Überzeugung, die Volkswirtschaft könne nur dann zu Vollbeschäftigung zurückfinden, wenn die Massenkauflkraft und der Staatskonsum hinreichend gesteigert würden, um die Produktionskapazität wieder auszulasten und auch die Investitionsgüternachfrage wieder zu beleben. Soweit dies über eine kostensteigernde Erhöhung der Löhne, Steuern und Zinsen finanziert werden muß, sei es von den Unternehmen zu verkraften, wenn diese schnell genug zur Kapazitätsauslastung zurückfänden.

Obergrenzen für Zuwachsraten

Auf beiden Seiten gibt es im Grunde keinen Zweifel daran, daß die Nachfrage sich in der für Vollbeschäftigung benötigten Quantität schon irgendwie einstellen wird. Die eine Seite vertraut mehr auf die Fähigkeit der Unternehmen, genügend

viel an schlummernder Nachfrage zu aktivieren, die andere setzt stärker auf die Findigkeit von Parlamenten, Behörden und Lenkungsorganen.

Beide aber zweifeln nicht daran, daß das Quantum schon stimmen wird, das man auf dem von ihnen verfochtenen Wege erreichen kann. Das ist keine Kleinigkeit. Es geht ja nicht etwa darum,

in einer durch Vollbeschäftigung gekennzeichneten Ausgangssituation Mittel und Wege zu finden, um den jährlichen Zuwachs des Sozialprodukts nicht unter den Produktivitätsfortschritt sinken zu lassen, so daß die Freisetzung von Arbeitskräften vermieden wird;

es geht um die unvergleichlich viel größere Aufgabe, Arbeitsplätze für die annähernd zwei Millionen Arbeitskräfte zu schaffen, die teils bereits freigesetzt worden sind, teils in den kommenden Jahren zusätzlich Arbeit suchen werden.

Bei gleicher Arbeitszeit würde dies eine so bedeutende Aufstockung der volkswirtschaftlichen Produktionskapazität erfordern, daß die Gesamtnachfrage auf Jahre hinaus um wenigstens 5 % jährlich zunehmen müßte. Die Obergrenze für „normale“ Zuwachsraten des Sozialprodukts in einer hochentwickelten Volkswirtschaft dürfte aber im Trend bei 4 % liegen, eher darunter. Höhere Zuwachsraten werden im Trend wohl nur in einer Aufbau- oder Wiederaufbauperiode erzielt, wie sie hinter uns liegt. Wer dennoch den Sprung auf 5 % – wohlgerne nicht in einem einzelnen Jahr des konjunkturellen Aufschwungs, sondern im Durchschnitt mehrerer aufeinanderfolgender Jahre – für möglich hält, der kann sich weder auf die in der Vergangenheit erzielten Nachfragezuwächse berufen noch darauf, daß es noch ungedeckte Bedarfe gibt. Es ist denn auch kein Zufall, daß das Vertrauen in die Erreichbarkeit eines derart ungewöhnlichen Wachstums sprungs bisher stets nur mit sich selbst begründet werden konnte.

WELTKONJUNKTUR DIENST

Jahresbezugspreis
DM 60,-

Der Vierteljahresbericht, der von der Konjunkturabteilung des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg erarbeitet wird, analysiert und prognostiziert die wirtschaftliche Entwicklung in den wichtigsten westlichen Industrienationen sowie auf den Weltrohstoffmärkten.

VERLAG WELTARCHIV GMBH - HAMBURG

Man tut gut daran, die beiden eben skizzierten Aufgaben jede für sich zu betrachten. Die erste, das Aufrechterhalten gegebener Vollbeschäftigung, ist zu lösen, wenn man die Bedingungen des Angebots und der Nachfrage soweit verbessert, daß die Möglichkeiten des „normalen“ Wachstums voll ausgeschöpft werden können. Die zweite, das Wiedererreichen von Vollbeschäftigung, ist nur mit Hilfe von Arbeitszeitverkürzung lösbar.

Lebensqualität und Wachstumspolitik

Ich will mich zunächst der ersten Aufgabe zuwenden. Betrachtet man sie als ein Problem einer nicht allein vom Sozialprodukt, sondern an der Lebensqualität orientierten Wachstumspolitik, so sind Nachfrageorientierung und Angebotsorientierung keine unvereinbaren Lösungsansätze, sondern zwei gleichermaßen wichtige Aspekte des gleichen Ansatzes.

Es ist heute weniger richtig als je zuvor, daß der Konsum „the sole end and purpose of all production“ sei, wie Adam Smith für zwei Jahrhunderte dekretierte. Nicht Endverbrauch rechtfertigt die Produktion, sondern Befriedigung²⁾. Befriedigendes Erleben ziehen wir, sehr allgemein gesprochen, aus eigenen Tätigkeiten und Eigenschaften, aus den Leistungen anderer, aus dem Besitz von Sachen und aus dem Genuß von Umweltkonstellationen³⁾. Was wir zur Steigerung unseres Wohlstands begehren, ist mit der Mehrproduktion von Sachgütern und Dienstleistungen, privaten wie öffentlichen, nicht abgedeckt. Es kommt nicht nur auf deren Quantität an, es genügt auch nicht, daß sie in der richtigen Qualität und zu akzeptablen Preisen und Abgaben angeboten werden; auch ihr Verhältnis zueinander und zu den übrigen Quellen der Bedürfnisbefriedigung muß stimmen – beispielsweise zu den Arbeitsbedingungen, zu der arbeitsfreien Zeit, zum Stand unserer Kenntnisse, zur Ausbildung unserer Fähigkeiten, zur Qualität der Umwelt, zu den Bedingungen privater Kommunikation, zu den Möglichkeiten der Partizipation an wichtigen Entscheidungen, die das eigene Leben berühren.

Ein erstes Beispiel dafür, daß die Störung dieses Verhältnisses die Produktion von Gütern und die Beschäftigung von Arbeitskräften beeinträchtigen kann, entnehme ich dem Bereich der komplementären Sachgüter. Die Größe der Wohnung begrenzt die Möglichkeiten, den Haushalt mit dauerhaften Gebrauchsgütern auszustatten. Die Entwicklung

des Wohnbedarfs zeigt eindeutig eine Tendenz zur größeren Wohnung. Ihr steht entgegen, daß die Bauwirtschaft noch immer bei Produktionsmethoden verharret, die ein attraktives und zugleich für breite Bevölkerungskreise erschwingliches Angebot an größeren Wohneinheiten verhindern. Es ist denkbar, daß die unzureichende Größe vieler Wohnungen mittlerweile merklich die Neigung begrenzt, zusätzliche Konsumgüter für Haushalt und Freizeit zu kaufen, die nur dann sinnvoll verwendet werden können, wenn genug Platz vorhanden ist⁴⁾. Die kostengünstige Einführung neuer Produktionstechniken aber setzt offensichtlich voraus, daß Gewohnheiten und Anschauungen sowohl bei Anbietern als auch bei Nachfragern sich ändern. Darauf zu warten, hat bisher nicht gefruchtet, auch wenn es an verstreuten Ansätzen nicht mangelte. Es bleibt die Möglichkeit einer starken und demonstrativen Initialzündung, für die eine Zeitlang in größerem Umfang staatliche Mittel einzusetzen wären.

Die politische Diskussion freilich dürfte keineswegs entlang der skizzierten Linie verlaufen. Allzu viele werden der Versuchung erliegen, für das geringe Angebot an Wohnungen den Mieterschutz verantwortlich zu machen. Gewiß darf die Frage nicht tabu sein, ob dieser seinen Zweck wirklich schon optimal erfüllt. Aber der Zweck selbst, den Verbraucher vor ungerechtfertigten Forderungen aus stärkerer Position zu schützen, gehört zu den immateriellen Bestandteilen der Lebensqualität, die zu den materiellen komplementär sind und mit diesen wachsen müssen, wenn der Sinn des Wachstums nicht verlorengehen soll.

Mißverständnisse

Daß sich diese elementare Erkenntnis noch längst nicht durchgesetzt hat, zeigt sich auch im Bereich des Umweltschutzes. Mit dem allgegenwärtigen Argument, man dürfe gerade heute die Wirtschaft nicht noch weiter belasten, werden Umweltschutzmaßnahmen hinausgeschoben, Meßziffern für die zumutbare Umweltbelastung nach oben korrigiert. Dahinter steht letzten Endes das Mißverständnis, „daß qualitatives Wachstum, zu dem auch Umweltschutzmaßnahmen beitragen, etwas Unökonomisches sei, das dem quantitativen Wachstum diametral entgegenstünde“. Noch immer geht man in Politik und Wirtschaft überwiegend davon aus, „daß alle Aufwendungen in die neue Dimension des qualitativen Wachstums nicht nur kurzfristig, sondern auf Dauer das ‚eigentliche‘ Wachstum schmälern müßten“. Dabei wird übersehen, daß Umweltaufwendungen eine „qualitative Voraussetzung für künftiges quantitatives Wachstum bil-

²⁾ E. Scott Maynes: Decision-Making for Consumers, New York und London 1976, S. 249.

³⁾ G. Scherhorn: Gibt es eine Hierarchie der Bedürfnisse?, in: B. Biervert, K. H. Schaffartzik, G. Schmolders (Hrsg.): Konsum und Qualität des Lebens, Köln und Opladen 1972, S. 292 f.

⁴⁾ H. Eisenhans: Akkumulationsprobleme in der Bundesrepublik, Referat auf dem wissenschaftlichen Kongreß der Deutschen Vereinigung für politische Wissenschaft, Bonn 1977.

den“⁵⁾. Denn erstens bildet die Verbesserung der Umweltqualität, ja schon die Verhinderung weiterer Umweltbelastung, ein immaterielles Komplement für ein neues Angebot und neue Nachfrage nach materiellen Gütern, die in einer belasteten Umwelt nicht zustande kämen, und zweitens schaffen solche Maßnahmen, da sie auf die Hilfe von materiellen Gütern angewiesen sind, auch unmittelbar neues Angebot und neue Nachfrage, beispielsweise in den entstehenden Entsorgungsindustrien.

Rückkehr zu überkommenen Zielen

Ein drittes Beispiel liefert der Bereich der Bildung und Erziehung. Den Schulen und Hochschulen werden ausgerechnet zu einer Zeit die Flügel gestutzt, da ganz offenkundig wird, daß wir uns Fehl- und Unterausbildung in der Zukunft nicht mehr leisten können. Es trifft wohl zu, daß die Reform der Schule und der Hochschule nicht im ersten Anlauf gelungen ist. Aber statt den zweiten Anlauf besser vorzubereiten, nimmt man diese Erkenntnis zum Anlaß, ausgesprochen oder unausgesprochen zu den Zielvorstellungen der Vergangenheit

⁵⁾ So der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen in seinem jüngsten Gutachten, Tz. 1 724.

zurückzukehren: ein nicht zu flacher Bodensatz an wenig qualifizierten Arbeitskräften werde nun einmal gebraucht, Überqualifikation schaffe nur Unzufriedenheit, höhere Schulbildung bereite auf gelehrte Berufe vor und habe keinen Bezug zur gewerblichen Berufswirklichkeit zu vermitteln, Hochschulbildung solle den Eintritt in höhere Einkommensstufen eröffnen und sei daher zu kontingentieren.

Eine solche Bildungspolitik würde das quantitative Wachstum der Zukunft mit Sicherheit schmälern, weil sie ihm die notwendige Verbesserung seiner qualitativen Voraussetzungen vorenthielte. Auch dies gilt in zweifachem Sinn. Zum einen wird Ausbildung unterhalb eines Facharbeiterniveaus schon jetzt kaum mehr gebraucht. Das Niveau, das den Tatbestand der Unterqualifiziertheit definiert, wird weiter steigen – gewiß nicht bis zum Studienabschluß, aber sicher über den Hauptschulabschluß. Wer darunter liegt, wird nicht gebraucht werden, wird jedenfalls nicht in der Lage sein, sich seinen Arbeitsplatz selber auszusuchen, im günstigsten Falle selbst zu schaffen. Die Dienstleistungsgesellschaft ist in weit größerem Maße auf aktive, neuerungsfreudige Erwerbstätige angewiesen als die industrielle – auf solche, die nicht

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

NEUERSCHEINUNG

Bruno Molitor

LOHNPOLITIK UND ARBEITSMARKT

Mit der vorliegenden Aufsatzsammlung wird in einer Zeit, in der das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung zu den wichtigsten Problemen geworden sind, ein Lösungsansatz geliefert, der nicht nur für den Wissenschaftler, sondern vor allem für die Politiker und Tarifpartner von Interesse sein dürfte. Der Verfasser vertritt die Meinung, daß vor allem in der Lohnpolitik ein Umdenken stattfinden muß, wenn das erreichte Wohlstandsniveau auch zukünftig erhalten bleiben soll. Die Lohnpolitik, die sich bisher in der Bundesrepublik einseitig der Verteilungskorrektur verpflichtet wußte, hat sich für die absehbare Zukunft schwergewichtig am Beschäftigungsziel zu orientieren.

Großoktav, 262 Seiten, 1977, Preis brosch. DM 36,-

ISBN 3 87895 163 9

V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H - H A M B U R G

fertige Arbeitsplätze einnehmen, sondern selber dazu beitragen, ihre Arbeit zu organisieren und herauszufinden, wo sie gebraucht wird.

Zum anderen gehören Bildung und Fortbildung selbst zu den expandierenden Bedarfen der Zukunft. Sachgüter und Dienstleistungen, mit deren Hilfe eine wachsende Nachfrage nach Kenntnissen und Fertigkeiten für Berufs-, Verbraucher- und Freizeitrollen befriedigt werden kann, haben Wachstumschancen. Zwar zeigt der Anteil der privaten Bildungsausgaben am privaten Verbrauch noch keine rasch steigende Tendenz, aber im Gegensatz zu gesättigten Bedarfen ist ihr Anteil an den Ausgaben der privaten Haushalte um so größer, je höher deren Einkommen und Bildungsstand sind. Mit zunehmendem Massenwohlstand und mit der Erhöhung des durchschnittlichen Bildungsniveaus wird die private Nachfrage nach „Bildung“ zunehmen, wenn das Angebot keinen ungerechtfertigten Restriktionen ausgesetzt ist.

Erweiterung des Zeithorizontes

Auch hier wird deutlich, daß es bei der Entscheidung für qualitatives Wachstum keineswegs darum geht, „das“ ökonomische Kalkül über Bord zu werfen. Sehr pointiert gesagt geht es darum, den Zeithorizont zu erweitern, der in dieses Kalkül eingeht: den erkennbaren Bedarfswandel einzu- beziehen, Bildung und Ausbildung auf künftige Anforderungen einzustellen, die künftigen Kosten der Beseitigung von heute verursachten Umweltschäden nicht erst entstehen zu lassen, den Abbau begrenzter Ressourcen zu strecken. Das bedeutet kein Abgehen von dem Streben nach Optimierung des Verhältnisses von Kosten und Nutzen. Es bedeutet, daß man Kosten und Nutzen vollständiger definiert, indem man beispielsweise in die Kosten der privaten Produktion die ökologische Belastung einbezieht⁶⁾ oder indem man in politischen Entscheidungen eine absehbare künftige Entwicklung wie etwa das drohende Schrumpfen der Bevölkerung oder die drohende Unterqualifikation künftiger Arbeitskräfte, die jetzt keinen Arbeitsplatz finden, stärker gewichtet.

Daß dergleichen hie und da schon geschieht, kann nicht zufriedenstellen. Es geht um mehr als um die allmähliche Neuorientierung der Anschauungen über Kosten und Nutzen, über den Zeithorizont des Wirtschaftens und die qualitativen Bedingungen des Wachstums. Es geht zugleich darum, die Volkswirtschaft zur Vollbeschäftigung zurückzuführen. Auch diese Aufgabe ist zwar nicht von heute auf morgen zu lösen, aber sie erfordert eine größere Anstrengung: die Verteilung der knapper gewordenen Arbeit auf mehr Personen als derzeit beschäftigt sind. Ohne ein

gewandeltes Verständnis von den Zielen des Wachstums kann das nicht gelingen.

Für sich genommen, als isolierter Vorgang in einer im übrigen gleichbleibenden Welt, wird die Verkürzung der Arbeitszeit vermutlich nicht in einem befriedigenden Maße zu Neueinstellung von Arbeitskräften führen. Daß es nicht sofort und nicht überall dazu kommen kann, daß ausfallende Arbeitsstunden einen Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen begründen, ist ohnehin klar⁷⁾. Aber vieles hängt davon ab, ob für die Eingliederung von 1 % der Beschäftigten die Arbeitszeit um 2 % oder um 3 % verkürzt werden muß. Der Wirkungsgrad der Arbeitszeitverkürzung kann um so größer sein, je positiver die Einstellung ist, die die Unternehmen und die Beschäftigten nicht nur zu den Chancen gewinnen, die in vermehrter Freizeit liegen, sondern auch zu den Chancen, die eine kürzere Arbeitszeit eröffnet – ob man beispielsweise die Öffnungszeiten von Behörden und Geschäften weiter verringert oder sich vielmehr darauf einrichtet, nach und nach durch geeignete Verteilung kürzerer Arbeitszeit über längere Öffnungszeiten die Qualität der Versorgung eher noch zu verbessern und damit möglicherweise die Quantität der Nachfrage zu stimulieren.

Eine positive Einstellung zur Arbeitszeitverkürzung aber wird am ehesten gewonnen, wenn die Wirtschaftspolitik deutlich macht, daß ein anderer Weg zur Vollbeschäftigung nicht in Aussicht steht und daß die Verkürzung der Arbeitszeit Teil einer Konzeption zur Weiterentwicklung der qualitativen Voraussetzungen des künftigen Wachstums ist.

Arbeitszeitverkürzung ist bei gleichzeitiger Erhöhung des Einkommens möglich, wenn sie im Ausmaß unter dem erzielten Produktivitätsfortschritt bleibt. Die Forderung nach Lohnausgleich ist durchaus erfüllbar – vorausgesetzt man versucht nicht, eine Produktivitätssteigerung zweimal zu verteilen. Nicht zuletzt ist es daher die Anrechnung immaterieller Wohlstandsfortschritte (hier in Form vermehrter Freizeit) auf die auszahlbaren Einkommenszuwächse, die als politisches Problem gelöst werden muß, wenn Vollbeschäftigung wieder erreichbar sein soll. Dies fällt zwar in erster Linie in die Zuständigkeit der Tarifvertragsparteien. Aber es ist Sache der staatlichen Wirtschaftspolitik, die Perspektive vorzuzeichnen, unter der derartige Probleme gesehen werden sollten. Das Fehlen einer klaren, allgemeingültigen, konsensfähigen und mitreißenden Zielvorstellung über den Weg der Wachstums- und Beschäftigungspolitik muß in einer Situation wie der gegenwärtigen lähmend wirken.

⁷⁾ D. Kunz und W. G. Müller: Produktivitätsorientierte Arbeitszeitverkürzung als beschäftigungspolitisches Instrument, Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 1977, S. 494–505.

⁶⁾ H. Herrmann: Produkt- und Prozeßplanung nach ökologischen Kriterien, VDI-Z, Bd. 119, 1977, Nr. 15/16, S. 767–773.